



Wartburg-Kurier

Reformationstag 2015

Zum Geleit



Liebe Leserinnen und Leser,

„... die, so im Elend sind, führe ins Haus,“ sagt der Prophet Jesaja in seiner Predigt über richtiges und falsches Fasten (Jes. 58, 7). „...ich bin Gast gewesen, und ihr habt mich beherbergt“, mahnt Jesus seine Jünger in der Erzählung vom Weltgericht (Matth. 25, 35). **Bedrängten und Verfolgten Obdach zu geben, ihnen zu helfen mit Kleidung und Speise ist ein Gebot der christlichen Nächstenliebe. Es hat Eingang gefunden in unser Grundgesetz.**

„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht,“ lautete die klare Aussage des Artikels 16 (2) bis zum Asylkompromiss von 1993. Damals ergänzte und präzierte der Deutsche Bundestag dieses Grundrecht (heute Artikel 16 A) und fügte einen Gesetzesvorbehalt hinzu. Schon vor mehr als zwanzig Jahren ging es darum, existenziell bedrohten

Menschen, gleich woher sie kommen, in Deutschland Schutz zu gewähren, ohne unsere Aufnahmefähigkeit zu erschöpfen. Die Zahl der asylsuchenden Personen verringerte sich danach rasch, steigt aber seit einigen Jahren wieder an. Im vergangenen Jahr wurden 174.000 Asylanträge gestellt, in diesem sprengen wir die Millionengrenze.

Die Gründe liegen im Elend der Welt. Menschen fliehen vor Bürgerkriegen, Terrorregimen und islamistischen Banden aus ihrer Heimat und suchen Schutz in den Ländern der Europäischen Union. Ihrem Sog folgen Menschen, die Lebenschancen für sich und ihre Familien verbessern wollen. Via Internet und Skype haben sie Verbindung zu denen, die ihnen voran gegangen sind.

Die Richtung ist klar. Keiner hat seine Heimat gern verlassen, aber wenn schon ein Neuanfang nötig ist, dann dort, wo die Chancen vermeintlich am besten stehen. **Viele sehen in Deutschland dieses Zukunftsland. Das kann uns stolz machen, muss uns aber zugleich besorgen. Was die Menschen hierzulande in den vergangenen Jahrzehnten aufgebaut haben, ist beeindruckend. Aus unserer christlichen Überzeugung sollten wir den Überfluss irdischer Güter mit den Bedürftigen teilen.** Zugleich aber haben wir Verantwortung für den

Erhalt der eigenen Lebensgrundlagen. Dazu gehören nicht nur Gut und Geld. Dazu gehört all das, was unsere Gemeinschaft trägt und Voraussetzung für unser Leben ist. **Die Grundrechte Würde, Freiheit, Gleichheit, religiöse Toleranz stehen ebenso wenig zur Disposition, wie die Leistungsfähigkeit unserer Sozialsysteme.** Wenn das gelingen soll, brauchen wir die Solidarität unserer Partner in Europa.



**25 JAHRE FRIEDLICHE REVOLUTION
UND DEUTSCHE EINHEIT**

Im eigenen Lande müssen wir alles dafür tun, dass nicht mit den Flüchtlingen der islamistische Terror Einzug hält und eine Diskriminierung von Christen in den Unterkünften unterbleibt. Hierfür haben die Kirchen eine besondere Verantwortung. Nie wieder darf es in Deutschland Verfolgung aus religiösen Gründen geben.

Bundespräsident Gauck forderte in seiner Rede am 3. Oktober in Frankfurt die Staaten der Europäischen Gemeinschaft auf, gemeinsam die Außengrenzen zu schützen, und die Fluchtursachen in den Her-

Inhalt dieser Ausgabe:

Wende: Es war 5 nach 12	2	Treffen mit der Landesbischöfin: Reformations-	
Germany, Germany! Die Revolution 89/90 und der		jubiläum, Umgang mit Asyl und Zuwanderung	10
Sehnsuchtsort Deutschland	5	Reihe: Der Landesvorstand stellt sich vor	12
Thema Flüchtlinge:		Betrachtung: Drohnen für die Bundeswehr?	13
„Unsere Kirche wird hier gebraucht“	8	Aus Thüringen: Kloster Donndorf – ein Ort der Einkehr	
Warum Kirchenasyl? –Vergangenheit		und Bildung	14
und Gegenwart	9	Impressum und Kontakt	16

kunftsländern der zu uns drängen-
den Menschen zu bekämpfen.

25 Jahre nach der friedlichen Wiedervereinigung hat Deutschland allen Grund sich über das Erreichte zu freuen, zu feiern und hoffnungsvoll in die Zukunft zu blicken.

So überraschend, wie vor einem Vierteljahrhundert für viele die Einheit kam, so überraschend stehen wir heute vor der Herausforderung, Hunderttausende aus anderen Kulturkreisen, mit anderen religiösen Überzeugungen, Wertvorstellungen und Lebensplänen in unsere Gesellschaft zu integrieren.

Dabei muss das Fundament unseres Erfolges, unsere Werteord-

nung, sicher bewahrt werden. Das fängt beim Asylrecht an. Es geht aber um mehr: um Freiheit, den Bestand unserer Rechtsordnung, das Gewaltmonopol des Staates, um religiöse Toleranz, die Wahrung der Würde jedes einzelnen Menschen, um Gleichberechtigung und ein offenes Miteinander. Das müssen wir allen Gästen vermitteln, die hier heimisch werden wollen.

Der vorliegende Kurier nimmt einige dieser Themen auf und widmet sich darüber hinaus anderen ebenso wichtigen Fragen unserer Zeit. Besonders dankbar bin ich Herrn Pfarrer Christian Kahlert vom Evangelischen Militärpfarramt in Erfurt für seinen Beitrag zum Einsatz be-

waffneter unbemannter Flugkörper bei der Bundeswehr. Deutsche Truppen tun Dienst in verschiedenen Krisenregionen der Welt. Ihre Aufgabe ist es den Frieden dort und damit auch hier zu verteidigen. Die Führung der Bundeswehr muss Gesundheit und Leben der deutschen Soldaten schützen. Dazu bedarf es modernster Wehrtechnik. Zugleich müssen ethische Fragen des Einsatzes von Waffensystemen immer wieder neu gestellt und beantwortet werden. Machen Sie sich selbst ein Bild.

Am Vorabend des 498. Reformationstages wünsche ich Ihnen eine spannende Lektüre.

**Ihr
Prof. Dr. Jens Goebel**

Es war fünf nach 12

Eine Betrachtung zur massenhaften Auswanderung am Ende der DDR

von Hans-Steffen Herbst, Vizepräsident der Synode der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland und Mitglied des Evangelischen Arbeitskreises Thüringen

Während die riesigen Flüchtlingsströme in den arabischen und afrikanischen Krisengebieten sowie in Europa unterwegs sind, kommen gerade in diesen Tagen des Gedenkens der deutschen Wiedervereinigung vor 25 Jahren auch Erinnerungen an das damalige Ausreisen und Fliehen auf.

„Es ist fünf vor 12! Der Sozialismus ist wie eine harte Nuss.“ Und weiter sinngemäß: Man muss nur seine harte Schale entfernen, um zum guten Kern zu gelangen. So formu-



Botschaftsflüchtlinge in Prag

lierte vor dem Fall der Mauer Pfarrer Friedrich Schorlemmer in der Aussprache der Tagung der Synode des Bundes evangelischer Kirchen in der DDR im Herbst 1989 in Eisenach.

Als ihm folgender Redner sagte ich: „Es ist fünf nach 12! Es ist alles zu spät.“ Und sinngemäß, die DDR kann nicht mehr gerettet werden. Zur Veranschaulichung berichtete ich kurz von unserer letzten Silvesterfeier. Zusammen waren wir etwa sechs befreundete junge Familien aus dem Kollegenkreis mit über 25 Personen. Und am Ende des Sommers 1989 waren fast alle per Ausreiseantrag oder über Ungarn davon gegangen. Nur noch sechs Menschen aus dieser Runde blieben DDR-Bürger. Die Genossin, eine

beliebte Kollegin, mit ihrer Tochter blieb wohl auch aus ihrer Treue zum DDR-Staat und wir vier blieben auch aus unserer christlichen Verantwortung. Groß geworden sind wir mit dem Satz: Der Herrgott hat uns hier hin gestellt und wir werden die Christengemeinde in der kirchenfeindlichen Zeit nicht verlassen.



Hans Steffen Herbst

Und trotzdem haben wir gut zehn Jahre lang fast täglich überlegt, ob wir einen Ausreiseantrag stellen. Ich hatte den Zenit meiner Karriere in meinem VEB wohl am ersten Arbeitstag erreicht. Aber ich will nicht undankbar sein. Es war möglich, mit gegenseitigem Respekt zu einem durchaus vertrauensvollen Umgang zu finden. Mehr hat meine Frau in der Klinik unter dem permanenten SED-politischen Drängen gelitten. Die Verweigerung von Unterschriften mal für sowjetische und dann gegen NATO-Atomwaffen und auch das Sympathisieren mit Gorbatschow oder Remarques „Im Westen nichts Neues“ fanden Eingang in die schriftlichen Berichte, von denen wir erst später erfuhren, dass das „IM-Berichte“ waren. Das Arbeitsklima war bei aller guten Kameradschaft zu einzelnen Kollegen vergiftet. Aber wir blieben hier und versuchten, unseren eigenen Weg zu gehen.

Leider wurden auch unsere Freunde in unserem Wohnort Teil der Ausreisewelle. Die Freunde, zu denen man jederzeit unangemeldet hingehen konnte, um zu reden. Die eine Familie verließ die DDR wegen der fehlenden Perspektive für ihre

drei Kinder 1988 in Richtung Kanada. Die andere Familie betrieb 1989 bei einer gemeinsamen Westreise Familienzusammenführung, da die Treffen mit den im Westen wohnenden Geschwistern und der Mutter trotz der gelockerten Westreisemöglichkeiten immer unsicherer schienen.

Erstarren des politischen und wirtschaftlichen Systems, somit fehlende Perspektiven, die vielen Einschränkungen der Grundrechte, Misstrauen und das Wissen um intensive Bespitzelung aber auch das Gefälle im Lebensstandard führten dazu, dass die DDR-Bürger, unsere Nachbarn und Kollegen, zumeist Leistungsträger in ihrem Fach, massenhaft ihre Heimat verließen. Dreister Wahlbetrug um Mai 1989 und die lobenden Worte von Egon Krenz, der Führung von SED und DDR-Staat, an die chinesischen Genossen zur mörderischen Unterwerfung jeglicher Reform- und Protestbewegung in Peking auf dem Tiananmenplatz ließen jegliche Reste des Vertrauens in die DDR-Regierung schwinden. Der Sozialismus und der Staat in der DDR waren nun nicht nur wirtschaftlich sondern auch politisch am Ende.



Sichtbarer Verfall in der DDR

Alle wussten, wer die DDR verlässt, bricht alle Brücken zur Heimat und zu den Menschen der bisherigen Umgebung ab. Aber alle wussten auch, dass „im Westen“ ein herzliches Willkommen und Unterstützung geboten werden. Letzteres haben wir unseren Freunden natürlich von Herzen gegönnt und trotzdem haben wir

damals wahrlich oft geweint, wenn uns Freunde für immer verließen oder wenn die Züge mit den Flüchtlingen aus der Prager Botschaft nach Bayern fuhren. Wir fühlten uns verlassen und waren zugleich wütend, weil wir immer wieder erfuhren und spürten, dass die DDR-Führung nicht veränderungsbereit war.



Ausreisewelle gen Westen

Hat die Kirche als unabhängige und vertrauenswürdige moralische Autorität nicht immer Mut gemacht, zu bleiben? Pfarrer und Mitarbeiter in der Kirche sollen ihre Gemeinden nicht verlassen, Ärzte und Schwestern bei ihren Patienten bleiben, Busfahrer die Fahrgäste nicht verlassen und Bauarbeiter und Handwerker weiter ihrer Arbeit nachgehen... Jeder, der geht, hinterlässt eine Lücke.

Zum Bleiben dienten die vielen - aber eben vergeblichen - Initiativen der Kirchenleitung zur Verbesserung der politischen Kultur im Lande, zur Aufnahme von politischen Diskussionen zu den belastenden Themen in Politik, Umwelt, Schule, Militär und Verwaltung. Flucht in den Westen kann nicht die Lösung der Probleme bringen. Aber anerkannt war: Die Grenze zum Bleiben galt da, wo unmittelbare Gewalt und heftige Repression gegen Bürger angewendet wurde.

Und wodurch wurde die Politik in Ost und West letztlich entscheidend bewegt? Neben dem deutlich sichtbaren, ja massiven Protest in der DDR gegen SED und Regierung, den friedlichen Gebeten mit den Kerzen in den Händen einerseits

hatten wohl andererseits die 1989 stark ansteigenden Ausreisanträge und die Massenflucht über Ungarn und Prag das Zeichen gesetzt, dass weite Teile der DDR-Bevölkerung, gerade die Leistungsträger in der Mitte des Lebens, jegliches Vertrauen in die DDR-Führung so verloren hatten, dass sie völlig mit dem bisherigen Leben brachen. Beide haben maßgeblich zur Abrechnung mit dem Sozialismus, zum Umdenken in der Politik hüben und drüben, letztlich zum Mauerfall beigetragen.

Und 1990? Das SED-Regime schien erledigt, der Aufbau von Demokratie und Umbau zur Marktwirtschaft hatte in der DDR begonnen. Bitter war es, dass nach der Überwindung der Diktatur des Staatssozialismus die massenhafte Abwanderung von Ost nach West wieder bedrohliche Ausmaße annahm. Nunmehr zog es die DDR-Bürger der eigenen Perspektive wegen vor allem zur D-Mark und zur Arbeit. Eine neue und durch freie Wahlen legitimierte Staatsführung der DDR ermöglichte dann in engster Abstimmung mit der Bundesregierung und dem Bundestag über den Weg der Währungs- und Sozialunion die Wiedervereinigung.



Unterzeichnung des Einigungsvertrags 1990

Was hat dann - Gott sei Dank - die schnelle Einheit bewirkt? So paradox es klingt, so haben beide Gruppen, die Bleibenden und die Fliehenden Anteil am Umbruch, an der Friedlichen Revolution. Jedes hat seine Berechtigung. Die Motivation für das Bleiben, der Durchhaltewille

und die Traurigkeit der zurück Gebliebenen stehen der Motivation für Flucht und Abwanderung, der Freude und Last eines Neuanfangs offensichtlich gleichberechtigt gegenüber.

Wir sind letztlich dankbar, dass wir hier geblieben sind, hier bleiben konnten. So begannen wir eben „fünf nach 12“, unseren kleinen Beitrag für ein gutes Leben in einem nun freien und liebenswerten Teil Deutschlands zu schaffen - und das mit vielen Mitstreitern, sogar mit Wanderern von West nach Ost. Und bei allem Schmerz über den Verlust mancher Freunde, mit denen, die blieben, haben wir - Gott sei Dank - so viel Schönes erleben können, wovon DDR-Bürger nicht zu träumen wagten!



Flüchtlinge heute

Wir erleben es gerade wieder: Schnelle und einfache Antworten, falsch und richtig sind damals wie auch bei den gegenwärtigen riesigen Fluchtbewegungen nicht klar auszumachen. Es muss bei Flucht und Wanderung differenziert hin geschaut werden. Jeder Flüchtling fehlt in seinem Heimatland. Es fehlen zum Beispiel Ärzte, Krankenschwestern, Lehrer, Ingenieure und Handwerker sowie Arbeiter bei der Versorgung der Bevölkerung, beim späteren Wiederaufbau. Ohne die aufmerksamen und engagierten Bürgerrechtler ist ein Protest gegen unerträgliches Unrecht durch Staat und Gesellschaft nicht möglich. Es fehlen Nachbarn und Freunde. Wir können aber auch gerade wieder beobachten, dass die Politik

angestrenzter und beweglicher arbeitet, ja so erst arbeiten kann, wenn große Flüchtlingsströme die Probleme der Anderen vor die eigenen Türen spülen.

Ungeachtet aller Bewertungen aber gelten dort, wo Menschen vertrieben werden, ohne Einschränkungen die Gebote der Nächstenliebe oder eben auch das Asylrecht und die Flüchtlingskonvention. Und diese sind nicht auf Deutschland begrenzt. Wir können, wir dürfen an unseren Grenzen und in unserem Land keine Flüchtlinge verhungern und erfrieren lassen. Menschen, die aus politischen Gründen massiv verfolgt werden oder im Krieg um ihr Leben bangen, haben einen Anspruch auf Asyl oder auf Anerkennung als Kriegsflüchtling und dann auf Unterstützung. Es tut gut, gerade in Deutschland zu erleben, dass diese Grundrechte in unserer Gesellschaft weit verinnerlicht sind und viele Menschen dazu bewegen, selbst unterstützend tätig zu werden.

Der Wahrhaftigkeit und der Transparenz wegen darf, ja muss jedem Flüchtling jedoch die Frage gestellt werden, was ihn zur Flucht bewegt oder zwingt. Vor diesem Hintergrund ist zu entscheiden, ob, wo, wem und welche Unterstützung gewährt werden muss. Denn der weltweite gesellschaftliche Konsens des Asylrechts und der Flüchtlingshilfe wird gefährdet, wenn diese Rechte und diese Unterstützung missbraucht werden. Wir sollten alles dafür tun, dass dieser Grundkonsens gemeinsam erhalten wird. Dabei sind alle angesprochen, die direkt oder indirekt mit den Flüchtlingen in Beziehung stehen. Nur mit ihnen gemeinsam, unseren Nachbarn in und um Europa und den Nachbarn der Flüchtenden wird Hilfe möglich sein.

Germany, Germany!

Die Revolution von 89/90 und der Sehnsuchtsort Deutschland.

von Hildigund Neubert, langjährige Landesbeauftragte des Freistaats Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR, Mitglied des Landesvorstands des Evangelischen Arbeitskreises Thüringen

Allerorten wird uns in diesen Tagen des 25. Jahrestages der Deutschen Einheit die Parallelisierung zwischen den Ausreisern und DDR-Flüchtlingen von 1989 und den Flüchtlingen, die heute nach Deutschland kommen, angeboten. Und wenn da Züge aus Ungarn kommen, mit erschöpften, win-kenden Menschen, dann springen die Bilder förmlich in den Kopf. Aber taugt diese Gleichsetzung und können wir daraus Orientierung für die heutige Situation gewinnen?

Auch als die Bilder vom Arabischen Frühling kamen, die Parolen übersetzt wurden, glaubte man die Muster wieder zu erkennen: Die Appelle „Keine Gewalt!“, die Forderungen nach dem Ende der Geheimpolizei, nach freien, geheimen, unverfälschten Wahlen. Wir wissen, es kam anders. Gewalt griff um sich. In Ägypten herrscht nach vielen Toten wieder das Militär. Libyen ist noch immer in dem nachfolgenden Bürgerkrieg gefangen, die gesamte arabische Welt destabilisiert, Syrien ein Schlachtfeld von inzwischen mindestens drei Kriegen auf einmal. Nur in Tunesien gibt es noch Hoffnung, dass Demokratie gelingen könnte.

Geschichte macht nichts

Der Ausgang von demokratischen Revolutionen ist also offen. Natürlich spielen innen- und außenpolitische und wirtschaftliche Bedingungen eine große Rolle. Revolutionen gibt es nur, wenn Regime in tiefe Krisen geraten. Aber die Demokratie gelingt nur, wenn es genügend Demokraten gibt, die trotz politi-

scher Differenzen die Grund- und Freiheitsrechte, die Gewaltenteilung sowie Machtbegrenzung und -kontrolle akzeptieren und wenn es ihnen gelingt, Institutionen der Freiheit zu schaffen und zu stabilisieren.



Hildigund Neubert

1992, als die demokratischen Revolutionen in Ostmitteleuropa gewonnen waren und der Ost-Westkonflikt beendet schien, sprach Francis Fukuyama vom „Ende der Geschichte“. Wir wissen längst, dass die Auflösung der Blöcke die Welt nicht friedlicher und kaum demokratischer gemacht hat. Geschichte bleibt ein offener Prozess, den man nur im Rückblick wahrnehmen und strukturieren kann.

Das Feiern von Jahrestagen ist dennoch der Versuch, aus der Geschichte „zu lernen“, Orientierung zu ziehen. Welche Erfahrung also haben wir am 3. Oktober 2015 gefeiert?



Emotional am stärksten ist die Erfahrung, „Geschichte gemacht“ zu haben. Man lehrte uns in den sozia-

listischen Schulen „die ewigen Gesetze der Geschichte“, die eine klare Richtung hin zum Sieg des Kommunismus zeichnen und nach denen die Rolle des Menschen nur in der Beförderung oder Hemmung dieses determinierten Ablaufs liegen konnte.

Aber „die Geschichte“ hat sich nicht daran gehalten. Denn „die Geschichte“ ist kein Subjekt. Die Geschichte macht nichts, sie wird gemacht. Geschichte ist allenfalls Raum und Zeit, die Menschen – also wir – mit dem ausfüllen, was uns wichtig ist und wichtig war. Danach wandelt sich auch die Geschichtserzählung. Geschichtsbilder lassen sich leicht manipulieren und politisch und demagogisch missbrauchen. „Nichts ist schwerer vorzusagen, als die Vergangenheit der Sowjetunion.“ erklären russische Dissidenten die dortige Geschichtsschreibung. **Allenfalls kann Geschichtsbetrachtung Taugliches für die Gegenwart einbringen, wenn sie einer kritischen Selbstreflektion dient.**

Geschichte machen

Wenn die Flüchtlinge auf dem Budapester Bahnhof und an den Grenzzäunen „Germany, Germany!“ rufen, dann hat das etwas mit der Entwicklung Deutschlands in den letzten 25 Jahren zu tun. Der Aufbruch aus der Depression der späten DDR, aus der – teils selbst verschuldeten, jedenfalls viel zu lange akzeptierten – Unmündigkeit ist für viele der damals Beteiligten zu einer zentralen Lebenserfahrung geworden: die Erfahrung der Selbstermächtigung, der Wirksamkeit

von politischem Handeln, die Erfahrung der Überwindung einer aussichtslosen Situation. Der Depression folgte eine geradezu manische Phase, die ab dem 9. November 1989 ganz Deutschland erfasste.

Diese hohe Stimmung hat ungeheuer viel bewegt: für die schier unzähligen Probleme einer zusammenbrechenden Plan- und Misswirtschaft mit ihren Umweltschäden, dem technologischen Rückstand, den Schuldenlasten gab es Lösungen, die kein Ökonom vorhersehen konnte, die aus der Phantasie und dem konstruktiven Miteinander der neuen demokratischen Akteure geboren wurden. Auch die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion schon zum 1. Juli 1990 war ein ökonomisches Wagnis mit un-absehbaren Folgen.

In einer Revolution muss dem Abschütteln der Unterdrückung und dem Aufbruch in die Freiheit die institutionelle Sicherung der Freiheit folgen. Damit sind aber die Folgeschäden von 45 Jahren plus 12 Jahren Diktatur nicht behoben. Darin musste sich das Neue bewähren. Die Anstrengung, aus dem umfassenden Zusammenbruch der DDR „blühende Landschaften“ zu machen, hat Helmut Kohl sicher unterschätzt. Die Schlussbilanz von 45 Jahren sozialistischer Ideologie und Planwirtschaft war in jeder Hinsicht ein Desaster: ökonomisch für die Volkswirtschaft wie für die Bevölkerung, ökologisch und mental. Aber - und das ist auch ein Teil des Wunders der Friedlichen Revolution - es ist gelungen. Und nicht nur die „neuen“ Länder blühen, sondern Deutschland geht es gut, vielleicht so gut, wie noch nie. Wenn man heute über die Kosten der Einheit nachdenkt, muss man diese Bilanz mit einbeziehen. Das ganze Land hat politisch, kulturell und wirtschaftlich aus dem Vereinigungsprozess profitiert. Von dieser

Basis aus können wir in der jetzigen Lage agieren.

Die Zeit der Krisenüberwindung haben aber viele als eine Zeit der Verunsicherung, der erneuten Depression, der Zurücksetzung erlebt und die DDR-Partei hat das politisch instrumentalisiert und damit den mentalen Prozess der Selbstbefreiung wesentlich hinausgezögert.

Wer macht Geschichte?

Deutschland hat mit der Einheit die volle Souveränität erlangt und ist eine der wichtigsten Mächte in Europa. Damit ist eine neue internationale Verantwortung mit militärischen Auslandseinsätzen und einer Führungsrolle in der EU verbunden. Warum aber scheint die Debatte darüber die Nation erneut zu teilen?

Für die neue Rolle Deutschlands in der Welt reicht die alte Identität der Bundesrepublik nicht mehr aus. Nicht nur der Osten, auch der Westen muss sich neu definieren. Die neue Identität der Deutschen konstruiert sich aus zwei verschiedenen Strömungen, die nicht mehr nur durch die ehemalige Grenze markiert sind.

Die „Identität ex negativo“ der alten Bundesrepublik, die Haltung des „Nie wieder“ und der außenpolitischen Zurückhaltung wegen der besonderen Verantwortung Deutschlands aus der Nazizeit konnte darauf nicht mehr reagieren. Sie wirkte zuletzt fast wie eine bequeme Ausrede, sich aus Konflikten herauszuhalten und die eigenen Leute billig zu schonen.

Die erst nach 1990 markierte Identität des „gelernten DDR-Bürgers“ wurde überdeutlich im letzten Winter sichtbar, als in Ostdeutschland die Verteidiger des Abendlandes

auf die Straße gingen. Einer Erhebung der TU Dresden nach war der durchschnittliche Teilnehmer Facharbeiter, Mittelschicht in gesicherten Verhältnissen, konfessionslos, parteilos. Das „Weihnachtslieder-singen“ auf der Pegida-Demonstration im Dezember 2014 folterte das Ohr. Von „Stille Nacht, heilige Nacht“ können sie weder Melodie noch Text, noch wissen sie, dass der „holde Knabe im lockigen Haar“ ein Flüchtling und wahrscheinlich sogar schwarzhaarig war. Das Christliche am Abendland ist ihnen längst verloren gegangen. Die Verunsicherung schlägt in Abgrenzung um, die Mauerkrankheit lässt grüßen. **Reiner Kunze schrieb in einem Gedicht über den Wegfall der Mauer „nun stehen wir entblößt / jeder entschuldigung“. Mit der Mauer fiel nicht nur die tragende Wand des SED-Systems, sondern auch die Stützen der Ideologie, die Einteilung der Welt nach Klassen. Die „windstille / in ihrem schatten“ wich dem Zugluft der Globalisierung.**



Schriftsteller Reiner Kunze

Das Fremde ist eine Herausforderung für Menschen, die keine Heimat mehr hatten und noch keine gefunden haben. Ein heimlicher Neid auf die Menschen mit einer starken Identität macht die einfachen Botschaften attraktiv. Fundamentalisten und politische Populisten versprechen Alternativen zum sinnentleerten Konsumismus einer Marktwirtschaft, deren soziale Dimension nur noch im Eigeninteresse erkannt wird. Im offenen Prozess der Neudefinition einer gesamt-

deutschen Identität wird nun die Konfrontation mit den vielen Flüchtlingen zum Katalysator. Asylbewerber-Unterkünfte werden nicht nur im Osten und nicht einmal nur von extremistischen Jugendlichen angezündet.

Wer also sind wir Deutschen, was macht die Substanz unseres Zusammenlebens aus? Wohinein könnten sich ein gemäßigter Muslim, ein afghanischer Techniker, eine eritreische Christin integrieren, ohne sich ihrerseits vollkommen selbst zu verleugnen? Was kann es sein, worauf wir uns berufen, das das christlich geprägte Abendland öffnet für Menschen aus anderen Kulturen und dabei doch bei sich bleibt. **Joachim Gauck sagte Anfang Oktober in der Superillu: „Wir sind auf dem Weg zu einem neuen deutschen Wir, zu einer Gemeinschaft der Verschiedenen - auf Grundlage einer gemeinsamen Sprache, gemeinsamer Werte, wie unserer Verfassung, dem Schutz der Menschenwürde und einer solidarischen Gesellschaft. Wer das akzeptiert, der gehört zu uns.“**



Bundespräsident Joachim Gauck

Na, ist das nicht ein bisschen zu abstrakt, zu trocken? Was bietet uns die Verfassung? Bis 1989 galt im Osten die Verfassung der DDR. Deren Art. 1 beginnt: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land, die gemeinsam unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklichen.“ Die

DDR trat zum 3. Oktober 1990 dem Geltungsbereich des Grundgesetzes bei. Ich erinnere mich noch gut an ein warmes Gefühl der Begeisterung, als ich den Text zum ersten Mal las: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten ... Die Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung....“

Eigentlich braucht man nur die Worte wahrzunehmen, um den tiefen Unterschied zwischen der Diktatur und der Demokratie zu verstehen: In dem einen Text wird nur festgestellt was „ist“ und was man unter(!) wessen Führung zu „verwirklichen“ hat – die Gesetzmäßigkeiten der Geschichte in der Verfassung. In dem anderen geht es um achten und schützen, um bekennen und binden. In dem einen um Staat, Funktionsträger und Partei, in dem anderen um Menschen und ihre Rechte.

1989 haben die DDR-Bürger für sich ersehnt, in ihrer Würde geachtet zu werden und Rechte zu haben. 1990 haben sie den Beitritt zu diesem Grundgesetz gewählt, und, wie Markus Meckel heute beteuert, auch selbst gestaltet.



Bürgerrechtler Markus Meckel

Der Weg des vereinigten Deutschlands seitdem zeigt, welche Kraft die Prinzipien der Freiheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Verantwortung vor Gott und den Menschen freisetzen. Kein Wunder,

dass dieses Land für viele ein Sehnsuchtsort ist. Das ist das Wesen meines – unseres Landes.

Neue Geschichte für Germany

„Die Freiheit ist wie das Meer: Die einzelnen Wogen vermögen nicht viel, aber die Kraft der Brandung ist unwiderstehlich.“ (Vaclav Havel) Wie wäre es, wenn wir die Brandung, die jetzt an die Mauern Europas schlägt, als Wogen der Freiheit verstünden, wie wir es 1989/90 getan haben?



Symbolfigur Vaclav Havel

Etwas davon haben wir gespürt, als die Münchner auf ihrem Bahnhof die Flüchtlinge begrüßten. In diesen Szenen haben wir uns wiedererkannt mit der ganzen Begeisterung von damals. Und nun kommt es darauf an, auch den zweiten Teil dieses Anbrandens von Freiheit zu meistern: Rechtsstaatliche Verfahren und Integrationsangebote, aber auch die Erwartung, dass die Neubürger ihren Teil der Verantwortung für sich und das Gemeinwesen übernehmen. Die Verantwortung ist die Zwillingsschwester der Freiheit.

Dieses Deutschland erwartet die Flüchtlinge, die heute „Germany, Germany“ rufen. Das Grundgesetz ist das Angebot, das wir den jetzt zu uns kommenden Menschen machen können: die ungeteilten Menschenrechte für jede und für jeden, die volle Freiheit und die volle Verantwortung.

Thema Flüchtlinge: „Unsere Kirche wird hier gebraucht“

Bad Salzungen (Wartburgkreis) – Die „Interkulturelle Woche“ wurde im Wartburgkreis mit einem „Tag der Begegnung“ an der Staatlichen Grundschule „Parkschule“ in Bad Salzungen eröffnet. Unter dem Motto „Gemeinsam Zukunft gestalten“ luden der Kirchenkreis Bad Salzungen-Dermbach und die Schule ein.



Zum 40. Mal riefen die Evangelische Kirche in Deutschland, die Deutsche Bischofskonferenz und die Orthodoxe Bischofskonferenz in Deutschland zur „Interkulturellen Woche“ auf. Der bundesweite Auftakt fand mit einem Ökumenischen Gottesdienst in Mainz statt. „Das war auch unser erster Gedanke – diese Woche mit einem Gottesdienst zu eröffnen“, erzählt Claudia van Almsick, die als Kirchenkreissozialarbeiterin in der Kreisdiakoniestelle Bad Salzungen arbeitet. Doch davon sei man sehr schnell abgekommen. Schließlich „wollen wir als Kirche da sein, wo die Menschen sind und an dem Ort feiern, wo der interkulturelle Gedanke im Alltag gelebt wird“, betont sie. Die „Parkschule“ Bad Salzungen bot dafür wohl den besten Ort.



Der Kirchenkreis Bad Salzungen-Dermbach und die „Parkschule“ Bad Salzungen luden unter dem Motto „Gemeinsam Zukunft gestalten“ zum Auftakt der Interkulturellen Woche im Wartburgkreis ein.

„Als der Diakonieausschuss der Kreissynode Anfang des Jahres die

Idee hatte, sich aktiv an der Interkulturellen Woche zu beteiligen, ahnte niemand von uns, wie schnell und dramatisch sich die Flüchtlings-thematik verschärfen würde“, meint Claudia van Almsick.



Seit Jahresbeginn sind über 11.000 Asylsuchende nach Thüringen gekommen. Etwa 800 von ihnen haben momentan im Wartburgkreis, in dem etwa 126.000 Menschen leben, eine Bleibe gefunden. „Auch wir in den Kirchengemeinden sind genauso noch am Anfang wie die ganze Gesellschaft. Aber ich merke immer mehr: Unsere Kirche wird hier gebraucht“, meint Claudia van Almsick. Mit dem „Tag der Begegnung“ will der Kirchenkreis „zu guten Erfahrungen ermutigen und dazu ermuntern, auf Menschen zuzugehen“, betonte Superintendent Dr. Ulrich Lieberknecht und sagte weiter: „Uns ist es wichtig, als Kirche da zu sein“. Er ist sich sicher: „Die Kinder, die hier in der Parkschule zusammen lernen und spielen werden später einmal nicht solche Berührungängste haben, wie wir sie heute erleben.“

Der Kirchenkreis Bad Salzungen-Dermbach hatte bis zum Mai dieses

Jahres für über ein halbes Jahr einer Flüchtlingsfamilie Kirchenasyl gewährt, blickt der Superintendent zurück. Er selbst habe dabei „rund um positive Erfahrungen“ gemacht. Die Bereitschaft, zu helfen, sei überaus groß gewesen. Sofort seien Patenschaften entstanden. „Die Kinder wurden zur Schule gebracht und abgeholt, Einkäufe erledigt. Die Familie war gänzlich in Obhut der Kirche“, berichtet Dr. Lieberknecht. Der Kontakt zu der Familie werde noch heute gepflegt. „Wir haben gemerkt, wie wichtig es ist, sich ganz konkret den Menschen zuzuwenden, Raum für Begegnungen zu schaffen“, sagt er. In seinen Augen sei die Bad Salzunger „Parkschule“ genau solch ein Ort. 30 Flüchtlingskinder werden hier zurzeit beschult.

Schulleiter Jens Volkert und seine Vorgängerin im Amt, Beate Albrecht, sind seit den 90er Jahren mit den Themen Migration und Integration vertraut. „Es gibt eine gute Kommunikation zwischen unserer Schule und dem Schulträger. Die Schulanmeldungen für die Flüchtlingskinder gehen uns routiniert von der Hand“, sagt der Schulleiter. Gerade in einer Zeit, in der an seiner Schule eine wachsende Zahl ankommender Flüchtlingskinder registriert wird, ist ihm der Kontakt zum Kirchenkreis persönlich viel wert, denn „die Kirche ist ein starker Partner, wenn es um Fragen der Menschenwürde, Nächstenliebe und Gerechtigkeit geht“.

Vom Evangelischen Arbeitskreis waren Landesvorstandsmitglied Juliane Hassan und Uwe Nitsche (CDU-Kreisverband Wartburgkreis) zum Auftakt der „Interkulturellen Woche“ im Wartburgkreis mit dabei. ■

Warum Kirchenasyl? – Vergangenheit und Gegenwart

von Kirchenrat Christian Klein, Leiter des Rechnungsprüfungsamtes der EKM, Mitglied im Landesvorstand des EAK Thüringen und Kreisvorsitzender der CDU Gera

Seitdem die Bundeskanzlerin in ihrer Mut-Rede Ende September 2015 den Ausspruch prägte „Wir schaffen das“, hat sich die Zahl der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge vervielfacht. Auf der einen Seite, stehen Menschen die mit offenen Armen die Flüchtlinge empfangen und am liebsten alle Flüchtlinge integrieren wollen, um das deutsche demographische Problem dauerhaft zu lösen und auf der anderen Seite diejenigen, die Angst haben vor dem Fremden, vor dem Islam und der Gefahr der Überforderung der Integrationskraft der deutschen Gesellschaft.



In diesen Tagen nimmt auch die Debatte um das Kirchenasyl erheblich zu.

Für die evangelischen wie auch katholischen Gemeinden stellen sich dabei unter anderem folgende Fragen:

- **Kirchenasyl – Gott mehr gehorchen als den Menschen?**
- **Haben die Kirchen das Recht, staatliche Abschiebungen zu verhindern?**
- **Oder stellen sie sich über den Rechtsstaat?**
- **Was sind die biblischen und geschichtlichen Grundlagen des Kirchenasyls?**
- **Welche Formen gibt es?**
- **Gibt es rechtliche Aspekte zu beachten?**

Zuerst kommt aber die Frage, was ist Kirchenasyl überhaupt und warum fliehen Menschen aus ihren Herkunftsländern. Kirchenasyl ist nach unserem heutigen Sprachgebrauch die vorübergehende Aufnahme von Flüchtlingen durch eine Kirchengemeinde zur Abwendung einer von den Gemeindemitgliedern als für die Schutzsuchenden an Leib und Leben bedrohlich ange-

sehenen Abschiebung. Es bezweckt grundsätzlich eine Wiederaufnahme oder erneute Überprüfung des asyl- oder ausländerrechtlichen Verfahrens. Bereits in der Definition wird deutlich, dass Menschen nur unter starkem Druck aus ihrer angestammten Heimat fliehen. Menschen fliehen vor Bürgerkriegen und politischer Verfolgung. Sie fliehen vor Verfolgung aufgrund politischer, religiöser oder sexueller Überzeugungen und Orientierungen oder aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit. Sie fliehen vor drohenden oder erduldeten Menschenrechtsverletzungen, Diskriminierungen und Folter, vor Umweltkatastrophen, Armut, Hunger und Perspektivlosigkeit. Nicht alle diese Motivationen rechtfertigen nach dem geltenden Recht in Deutschland einen anerkannten Asylgrund. Um diesen Asylgrund darzulegen und auch die Abschiebung zu verhindern, bedienen sich Kirchengemeinden des Kirchenasyls.

Geschichtliche Entwicklung

Das Asyl gilt, mit einer mehr als 3.500 Jahre alten Geschichte, als eines der ältesten Menschenrechte. Der Begriff des Asyls kommt aus der griechischen Antike und beschreibt dort einen heiligen Ort, an dem kein Mensch und auch keine Sache von dort weggeführt werden durfte. Bereits im Israel des Alten Testaments war der Asylschutz des Altars nebst Tempels bekannt (1. Kön. 1,50; 2,28-30; Ps 23,5f). In der Frühzeit des Christentums ging dieser Asylschutz vom Tempel auf die Kirchen über. Der Geistliche wurde verpflichtet, sich um die Asylsuchenden zu kümmern. Auch das gesamte Mittelalter hindurch war das Asylrecht von dem Kerngedanken der Heiligkeit des Asylortes und der Beistandspflicht des Klerikers bestimmt. Hintergrund des Asylrechtes war, in Not geratene und bedrängte Menschen, wenn sie unschuldig waren, vor der Blutrache der Familienangehörigen des Opfers zu schützen. Erst durch die Beendigung der Blutrache und des damit verbundenen Fehdewesens durch die Erstarkung des Rechtsstaates im 18. und 19. Jahrhundert wurde das kirchliche Asylrecht in den meisten Ländern per Gesetz abgeschafft und verlor an Bedeutung.

Trotz der geschichtlichen Entwicklung zum modernen sozialen Rechtsstaat, hat der Kerngedanke eines kirchlichen Asylrechtes die Jahrhunderte überlebt. Immer wieder gab es Situationen in der Geschichte des Abendlandes, wo das kirchliche Asylrecht an Aktualität erheblich gewann. So fanden insbesondere in der dunkelsten Zeit deutscher Geschichte Juden und andere Opfer des NS-Regimes Zuflucht in Pfarrhäusern und Gemeinden der bekennenden Kirche. Auch die katholische Kirche gewährte, insbesondere in den Grenzen des Vatikanstaates, Verfolgten Schutz und Beistand. Auf diese lange geschichtliche Tradition, insbesondere die christliche Beistandspflicht, berufen sich auch heute noch evangelische Gemeinden.

Derzeit sind bundesweit 297 Kirchasyle durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bekannt. Darunter sind 262 Dublin-Fälle. Dies sind Fälle in denen im Dublin Verfahren geklärt wird, welcher Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft für die Bearbeitung und Aufnahme des Flüchtlings zuständig ist. In Thüringen gibt es derzeit insgesamt 7 Kirchenasyle. Davon sind bis auf einen Fall alles Dublin-Fälle.

Biblische Aspekte

„Wenn bei dir ein Fremder in eurem Land lebt, sollt ihr ihn nicht unterdrücken. Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten, und du sollst ihn lieben wie dich selbst; denn ihr seid selbst Fremde in Ägypten gewesen. Ich bin der Herr, euer Gott.“ (3. Mose 19,33 f.)

Jesus sagt: „Ich war hungrig, und ihr habt mir zu essen gegeben; ich war durstig, und ihr habt mir zu trinken gegeben; ich war fremd und obdachlos, und ihr habt mich aufgenommen; ich war nackt, und ihr habt mir Kleider gegeben; ich war krank, und ihr habt mich besucht; ich war im Gefängnis, und ihr seid zu mir gekommen. [...] Was ihr getan habt einem meiner geringsten Brüder, das habt ihr mir getan.“ (Matthäus 25,35-40)

Aus den vorstehenden Zeilen des Alten Testamentes wird deutlich, dass der Fremde unter dem besonderen Schutz Gottes steht. Das Schutzgebot gegenüber Fremden und Flüchtlingen hat ein besonderes Gewicht in der Sammlung göttlicher Gebote. Die Gastlichkeit, die rechtliche Sicherheit und die Integration von Flüchtlingen und Fremden sind für jeden Juden eine unabdingbare Verpflichtung. Auch macht der Text des Alten Testamentes deutlich, dass diese unabdingbare Verpflichtung nicht dazu führen darf, dass das Volk Israel seine Identität aufgeben soll.

Jesus und seine Jünger stehen in einer kontinuierlichen Tradition dieser alttestamentlichen Botschaft. Diese geht auf in der universellen Forderung und Praktizierung der Nächstenliebe. Die Liebe zum Nächsten wird somit das grenzüberwindende Element im Verhältnis des Fremden und Flüchtlings zum Einheimischen.

Besonders deutlich wird diese universelle Geltung der Nächstenliebe im Gleichnis vom barmherzigen Samariter (Lk 10,25-27). Dabei wird deutlich, dass nicht nur derjenige, der selbst durch familiäre oder ethnische Bindung einem nahesteht, geliebt werden soll, sondern auch der fernstehende Mensch, der Fremde bzw. Flüchtling wird zum Nächsten. Die umfassende und universelle Geltung der Nächstenliebe wird sogar in Mt 25, 31-36 zum entscheidenden Kriterium für das Heil oder Unheil des Menschen im endzeitlichen Gericht.

Rechtliche Aspekte des Kirchenasyls

Mit der Entscheidung Kirchenasyl zu gewähren, wird das Anliegen verbunden, eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtes, des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge oder der Ausländerbehörde erneut rechtlich überprüfen zu lassen. Ausgangspunkt für die Gemeinden sind gerade die Überzeugung, dass der von der Abschiebung betroffene Mensch nach geltendem Recht nicht abgeschoben werden darf, da bei Abschiebung eine Gefahr für Leib und Leben oder eine sonstige unzumutbare Härte drohen würde.

In dieser Situation kommt es unvermeidbar zu einem Konflikt aufgrund der Spannung zwischen der Gewissensentscheidung der Christen und der Loyalität gegenüber dem demokratischen Rechtsstaat. Auch die EKD hat sich mit dieser Thematik auseinandergesetzt. Sie hat in einer Thesenreihe „Gewissensentscheidungen und Rechtsordnung“ klar festgestellt, dass niemand gezwungen werden kann, gegen sein Gewissen zu handeln.

Darüber hinaus richtet sich das Kirchenasyl nicht gegen die staatliche Rechtsordnung, sondern es soll mit Hilfe des Kirchenasyls versucht werden, dem Recht dort Geltung zu verschaffen, wo die staatliche Handhabung diesem nicht gerecht zu werden scheint. Auf Grundlage einer christlich motivierten Gewissensentscheidung entscheiden sie sich für einen begrenzten und nicht intendierten Regelverstoß. Dabei berufen sich die gewährenden Gemeinden, vor allem ihre Entscheidungsträger, auf Art.4 GG i.V.m. Art. 140 GG und Art 137 WRV. Das Bundesverfassungsgericht hat sich bisher in seiner Spruchpraxis nicht unmittelbar mit dem Kirchenasyl beschäftigt. Auch ist der deutsche Gesetzgeber den gelegentlichen Vorschlägen zur gesetzlichen Verankerung des Kirchenasyls bisher nicht gefolgt. Man kann daher keine abschließende Aussage zu Legalität oder Illegalität des Kirchenasyls treffen. Die Grenze ist zumindest, beim rechtswidrigen Verstecken von Ausländern vor dem Zugriff der deutschen Behörden und wenn die Flüchtlinge mit ihrem Anliegen für andere politische Ziele instrumentalisiert werden. Gelegentlich sind Pfarrer und Kirchenälteste aber auch rechtlich belangt worden. So wurden in einigen Fällen Ermittlungsverfahren wegen Beihilfe zum illegalen Aufenthalt eingeleitet. Eine rechtskräftige Verurteilung ist bisher nicht bekannt geworden. Teilweise wurden Geldstrafen verhängt.

Auch die Räumung von kirchlichen Räumen durch die Polizei ist rechtlich nicht ausgeschlossen. Kirchliche Räume sind kein rechtsfreier Raum, der dem Zugriff der Staatsgewalt entzogen ist. Doch die gewaltsame Räumung von diesen wird in der Regel durch Polizei und Innenministerium als unverhältnismäßig angesehen. Das Kirchenasyl wird somit von den Behörden in bestimmten Grenzen respektiert. Es ist jedoch gelegentlich auch schon zu gewaltsamen Räumungen gekommen. Dieses Vorgehen wird durch die Medien und die Kirchen regelmäßig deutlich verurteilt.

Reformationsjubiläum, Umgang mit Asyl und Zuwanderung,

Landesbischöfin Junkermann im Dialog mit Evangelischem Arbeitskreis

von Jürgen Scharf, Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises Sachsen-Anhalt

Am Mittwoch, dem 26. August 2015 hatte Landesbischöfin Ilse Junkermann die Landesvorstände der Evangelischen Arbeitskreise (EAK) der CDU aus Sachsen-Anhalt und Thüringen zum vierten Gespräch in das Landeskirchenamt Erfurt eingeladen. Schwerpunkte waren die Vorbereitungen zum Reformationsjubiläum 2017 und der Umgang mit Asylsuchenden und Zuwanderungswilligen.

Bischöfin Junkermann berichtete über die umfangreichen Vorbereitungen auf 2017. Der Thüringer EAK-Landesvorsitzende Prof. Goebel konnte erfreut

feststellen, dass der 10-jährige Spannungsbogen in der Lutherdekade offensichtlich gehalten werden könne und mehr und mehr in die Öffentlichkeit hinein wirke. Junkermann führte aus, dass es auch gelang, die ökumenische Zusammenarbeit zu verstärken. Hier hat das gemeinsame Wort der EKD und der kath. Bischofskonferenz viel Gutes bewirkt. Dieser Impuls soll in den regional verantworteten Kirchentagen vor Ort umgesetzt werden. International wird Wittenberg mehr und mehr zum Konferenz- und Veranstaltungsort auf dem Weg zum Reformationsjubiläum. So fand vor kurzem ein beeindruckendes Auftaktseminar des Lutherischen Weltbundes mit 140 jungen Christen aus über 60 Ländern statt. Wir hoffen auf diese

große Welterfahrung auch 2017. Auch durch die bisher veranstalteten Landesausstellungen wurde das Bild von Kirche in der Öffentlichkeit positiv geprägt. Die großen Fragen unserer Zeit, wie z.B. Freiheit, Toleranz, mediale Vermittlung können gut im Kontext der Reformation aktuell verhandelt werden. Die Lutherstätten werden sich 2017

Größe der Aufgabe sei Qualität in der Betreuung ohne Engagement der Zivilgesellschaft nicht leistbar. Wir müssen erwarten, dass sich unsere Gesellschaft verändert. Darauf sind wir noch zu wenig eingestellt. Das betrifft z.B. die Schulen aber auch die Kirchgemeinden, die sich mehr um die Integration ausländischer Mitbürger in ihr Gemeindeleben kümmern müssen.

Ausgesprochen wurde aber auch die Sorge, die Akzeptanz der Integration aufs Spiel zu setzen, wenn nicht deutlich zwischen Asylgewährung und erlaubter Zuwanderung unterschieden wird. Das heißt auch, dass

weitgehend in einem gut renovierten Zustand zeigen können, wenn auch nicht alle Projekte, wie ursprünglich gehofft, pünktlich abgeschlossen werden können.

Zum Umgang mit Flüchtlingen und Zuwanderungswilligen: Junkermann führte aus, dass die EKM mit ihren Werken, Einrichtungen und Gemeinden versucht, sich der neuen Situation zu stellen. So ist das Ökumenische-Hainich-Klinikum Betreiber einer Erstaufnahmeeinrichtung. Die Diakonie hat in ihren „Positionen zur Aufnahme, Wohnraumversorgung und Unterbringung von Flüchtlingen“ inhaltliche Vorarbeit geleistet. Alle Gesprächsteilnehmer stimmten überein, dass Flüchtlingen geholfen werden müsse. Angesichts der

abgelehnte Asylbewerber Deutschland wieder verlassen müssen. Der EAK-Landesvorsitzende Scharf fragte nach den Erfahrungen mit dem Kirchenasyl nach der Verständigung vom Frühjahr zwischen Vertretern der evangelischen und katholischen Kirchen mit dem Bundesamt für Migration. Junkermann führte aus, dass das vereinbarte Verfahren zu funktionieren scheine. In der EKM gibt es derzeit weniger als 20 Fälle. Im Oktober 2015 solle es ein Auswertegespräch geben und entschieden werden, ob und ggfs. inwieweit Änderungsbedarf besteht.

Die Gesprächspartner vereinbarten die Fortsetzung des Dialogs



v. l. n. r. vlnr: Bernhard Ritter, Prof. Dr. Wolfgang Merbach, Steffen Herbst, Hildigund Neubert, OKR Albrecht Steinhäuser, Prof. Dr. Jens Goebel, Bischöfin Ilse Junkermann, KR Christian Klein, Jürgen Scharf, Dr. Ulrich Born, Gudrun Holbe, OKR Christhard Wagner, Florian Zobel, Dr. Karl-Eckard Hahn, Juliane Hassan

Reihe: „Der Landesvorstand stellt sich vor“

Prof. Dr. Jens Goebel, Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises Thüringen



Name

Prof. Dr. Jens Goebel

Wohnort

Schmalkalden

Alter

63

Beruf

Mathematiker, Hochschullehrer

In welcher Kirchengemeinde sind Sie beheimatet?

Evangelische Kirchengemeinde Schmalkalden

Sie engagieren sich ehrenamtlich im Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen. Was hat Sie dazu bewogen?

Politik braucht eine ethische Grundlage. Für mich ist das mein Glaube. Im Evangelischen Arbeitskreis finde ich Gleichgesinnte, die Politik aus

christlicher Verantwortung gestalten möchten.

Was möchten Sie in dieser Amtszeit im EAK bewegen?

Der EAK will eine Plattform des Dialogs mit Christen in unserer Gesellschaft sein. Diese Rolle möchte ich stärken.

Was verbinden Sie mit dem Reformationsjubiläum im Jahr 2017?

Luther hat einer in der Welt sehr mächtigen Kirche die Botschaft des Evangeliums entgegengehalten. Sein Geist vereint bis heute Menschen überall auf der Welt im Zeichen des Kreuzes. Die Reformation hat entscheidende Veränderungen in der alten Kirche angestoßen und neue Kirchen entstehen lassen. Das war ein Aufbruch, der durch die Jahrhunderte fortwirkt.

Haben Sie einen Lieblingspsalm? Wenn ja, welcher und weshalb dieser?

Im 8. Psalm heißt es im Vers 6 über uns Menschen: „Du hast ihn wenig niedriger gemacht denn Gott, und mit Ehre und Schmuck hast du ihn gekrönt. Du hast ihn zum Herrn gemacht über deiner Hände Werk; alles hast du unter seine Füße getan.“ Im Vertrauen auf Gott können wir vieles erreichen. Das stärkt

mich und tröstet über Niederlagen hinweg.

Welches Lied singen Sie im Gottesdienst besonders gerne?

Mein Lieblingslied ist das Pfingstlied EKG 136

„Oh komm, du Geist der Wahrheit“ Dem Kirchenvater Augustinus wird der Satz nachgesagt, wer singt betet doppelt. Bei diesem Lied empfinde ich das ganz besonders. Seine Melodie ist vom kämpferischen Geist der Böhmisches Brüder erfüllt. Der Text gilt heute wie vor hundertfünfzig Jahren.

Zur Landesgartenschau, die in Ihrem Heimatort Schmalkalden stattfand, haben die christlichen Kirchen in das Himmelszelt eingeladen. Wie oft waren Sie dort und warum?

Ca. dreißigmal war ich am Himmelszelt, dem ökumenischen Kirchenpavillon auf der Schmalkalder Landesgartenschau. Zwanzigmal war ich in einem Halbtagesdienst als Gästebegleiter tätig. Darüber hinaus besuchte ich Andachten, sonntägliche Gottesdienste und andere Veranstaltungen. Ich freue mich, dass mehr als 13.000 Besucher die Andachten am Himmelszelt mitgefeiert haben.

Der Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises in Thüringen

Vorsitzender: Prof. Dr. Jens Goebel (Schmalkalden)

Stellvertreter: Hildigund Neubert (Limlingerode), Volker Heerdegen (Apolda)

Beisitzer: Dr. Detlef Baer (Erfurt), Dr. Ulrich Born (Ilmenau), Dr. Karl-Eckhard Hahn (Stotternheim), Juliane Hassan (Leimbach), Hans-Steffen Herbst (Königsee), Gudrun Holbe (Artern), Jörg Kellner (Zimmernsupra), Christian Klein (Gera), Johannes Selle (Sondershausen), Christian Tschesch (Uhlstädt-Kirchhasel) und Dr. Gunnar Wolf (Jena)

Betrachtung: Drohnen für die Bundeswehr?

von Pfarrer Christian P. Kahlert, Leiter des Evangelischen Militärpfarramts Erfurt

Das Verteidigungsministerium plant seit geraumer Zeit, bewaffnungsfähige unbemannte Luftfahrzeuge, kurz „Drohnen“ genannt, anzuschaffen. Ein breiter politischer, aber auch gesellschaftlicher Diskurs begann, der längst auch unsere Kirchen erfasst hat. Kompromisslose Ablehnung oder uneingeschränkte Befürwortung? Gibt es vielleicht einen Mittelweg?

Der Evangelische Arbeitskreis bat mich, den Erfurter Militärpfarrer, um eine Stellungnahme zu diesem strittigen Thema. Gut, dass sich die Basis vor Ort dieser ethischen Frage stellt. Gewählte Thüringer Volksvertreter ihrer Partei gehören dem Bundestag an. Und nicht zuletzt trägt die CDU Regierungsverantwortung in unserer Republik.



Christian P. Kahlert

Wenige Worte zu meiner Person. Ich arbeitete fünfundzwanzig Jahre lang als Gemeindepfarrer in Mittel- und Ostthüringen, bevor ich 2011 meinen Dienst bei den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr begann. Ausschlaggebend für diesen Wechsel war für mich u.a. mein Lernprozess als Notfallseelsorger: Menschen, die berufsmäßig an der Grenze zwischen Leben und Tod agieren, sind auf Ansprechpartner von außen angewiesen, um Belastungen aufzuarbeiten. 2013/14 absolvierte ich einen fünfmonatigen Auslandseinsatz in Kabul.

„Kritische Solidarität“ heißt der Leitspruch der evangelischen Mili-

tärseelsorge. Nähe und Distanz zu meinem „Klientel“, muss ich von Fall zu Fall neu austarieren.

Wer zu mir kommt, will nur selten über Technik fachsimpeln. Oft geht es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Manche wollen mehr über das Tötungsverbot der Bibel wissen. Andere Fragen nach Schuld und Vergebung. Jeder weiß, nichts von dem Gesagten wird nach draußen dringen.

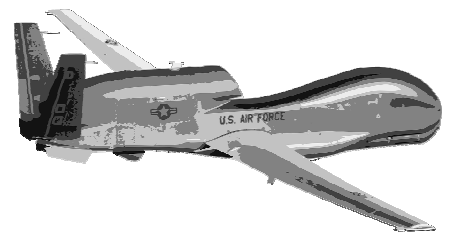
Keiner erwartet, dass ich als Militärpfarrer Experte für High-tech-Waffensysteme bin. Der Mensch hinter Uniform und Dienstgrad ist mein Spezialgebiet. Doch im Einzelfall bin auch ich gezwungen, mir umfassendes Wissen anzueignen.

So wie der Klinikseelsorger, der das Geschäftsmodell seiner Privat-klinik verstehen will. Oder die Gefängnis-pfarrerin, die im neuen Sicherheitskonzept der JVA die Menschenwürde ihrer Klienten verletzt sieht.

Ich will Ihnen ein fiktives Beispiel erzählen: ein traumatisierter Soldat wendet sich an mich. Er ist der Meinung, seine erlittene Verwundung an Leib und Seele hat ihre Ursache in der mangelhaften Ausrüstung der Bundeswehr im Auslandseinsatz. Seine Dienstherrin, also die durch den Bundestag bestätigte Ministerin der Verteidigung, schickte ihn und seine Kameraden nach Afghanistan. Sein Trupp wurde auf einer Routinefahrt angesprengt. In Überzahl agierende Aufständische waren nur noch mit Mühe abzuwehren. Die angeforderte Luftunterstützung der NATO-Verbündeten, ließ auf sich warten. Rettung kam in buchstäblich letzter Minute. Menschenleben waren zu beklagen.

„Warum, Herr Pfarrer, haben die Briten und Amerikaner Drohnen und wir nicht?“

Die Straße hätte hochauflösend aufgeklärt werden können. Die Taliban wären schon nach Sichtung des Flugkörpers geflohen, ohne dass dieser auch nur eine Rakete abgefeuert hätte. Was soll ich als verantwortlicher Einheitsführer der Frau und den Kindern meines gefallenen Kameraden sagen?“



Wie begegne ich dem Soldaten?

Reichen da das Einfühlen, ein Gebet und die Einladung zur nächsten Rüstzeit für Einsatzbelastete? Muss ich daran erinnert werden: ein Dilemma bei diesem Arbeitgeber ist vorprogrammiert! Ein gutes Einkommen und Rund-um-Sicherheit, das gibt's eben nicht.

Auch ein Dilemma für mich!

Als Christ bin ich angehalten, die friedliche Lösung eines Konflikts an die erste Stelle zu setzen. Oft wird mir entgegnet: Sie sind doch aus freien Stücken zur Bundeswehr gegangen! Ist das wirklich so einfach? Wo bleibt die Verantwortung von Staat und Gesellschaft?

Was würden Sie, den noch immer trauernden Angehörigen, im nächsten Wahlkampf sagen?

Dass es nun mal zum Berufsrisiko des Militärs gehört, verwundet und getötet zu werden? Dass der Bundeshaushalt schon vom gegenwärtigen

tigen Flüchtlingsdrama überfordert ist? Oder dass Drohnen in unserem Land ethisch nicht tragbar sind? oder gegen bewaffnete unbemannte Flugkörper? Das neue Sturmgewehr alle Reserven auffressen wird? Prüfen wir also die Argumente für

Pro:

1. Die Bundeswehr least seit geraumer Zeit wenige, unbewaffnete Aufklärungsdrohnen. Einsatzzweck einer im Verbund mit Frankreich und Italien zu entwickelnden, bewaffnungsfähigen Euro-Drohne wäre die effektive und schnelle Luft-Nahunterstützung für Bodentruppen in asymmetrischen Konfliktszenarien.
2. Dies ist im Sinne des Völkerrechts legal, wenn die vorgeschriebenen Vorsichtsmaßnahmen und Einsatzbeschränkungen eingehalten werden.
3. Menschliche „Kollateralschäden“, wie bei der Bombardierung der Tanklaster in Kundus, könnten weitgehend vermieden werden.
4. Verbündete, wie gegnerische Mächte in 80 Staaten der Erde, arbeiten an oder mit Drohnen. Befürworter, wie unser ehemaliger Verteidigungsminister, argumentieren: „Wir können nicht sagen, wir bleiben bei der Postkutsche, wenn alle anderen die Eisenbahn entwickeln.“

Contra:

1. Der Geheimdienst der USA missbraucht Drohnen als gezielte Hinrichtungswaffe, z. B. gegen Terroristenführer in Pakistan. Dabei sind immer wieder auch zivile Opfer zu beklagen.
2. Bei solcher Nutzung kommt es zunehmend zur Traumatisierung der Bediener.
3. Es gab schon Cyber-Angriffe, in denen sich Unbefugte in die Steuerung der Flugkörper einge„hackt“ haben.
4. Die Rüstungsforschung arbeitet international an vollautomatisierten, autonom agierenden Waffensystemen, sogenannten „Killer Robotern“. Nutzt man die halbautomatisierten Drohnen, so fördert man o.g. Trend. (Details und Stellungnahmen von Drohnen-Befürwortern und Gegnern, siehe Website des Verteidigungsausschusses - Öffentliche Anhörung vom 20. 06. 2014).

Und mein persönlicher Standpunkt?

Ich schließe mich dem Evangelischen Militärbischof Dr. Rink an. Zu allererst braucht es eine „konsistente strategische Konzeption für eine deutsche Außen- und Sicherheitspolitik“. Zum zweiten: „vor dem Einsatz müssen klare Einsatzregeln formuliert werden, u.a. Verzicht auf gezielte Tötungen und Bindung an das humanitäre Völkerrecht“. Und drittens lenkt er den Focus auf die Weiterentwicklung der modernen Waffentechnik: „Wer kontrolliert die Systeme? Menschen müssen verantwortlich bleiben...“. „Die größte Herausforderung“, schließt der Bischof, „liegt nicht darin, eine abschließende Antwort zu geben, sondern die richtigen Fragen zu stellen“.

Krieg bleibt Krieg. Es gibt kein sauberes Töten. Nicht mit und nicht ohne Drohnen. Vergessen wir die christliche Vision vom „gerechten Frieden“ nicht! Die ist keine unerfüllbare Utopie. Stellen wir uns täglich der Frage: Was kann ich in meinem persönlichen Umfeld tun, um diesem Ziel Schritt für Schritt näher zu kommen?

Aus Thüringen:

Kloster Donndorf – ein Ort der Einkehr und Bildung

von Gudrun Holbe (Bürgermeisterin), Arno Brombacher (Leiter der Ländlichen Heimvolkshochschule) und Danuta Schmidt (Autorin und Journalistin)

Donndorf ist ein altes Thüringer Bauerndorf am Rande der Hohen Schrecke im Kyffhäuserkreis. Nordwestlich auf einem Bergvorsprung, dem Hanisberg, liegt das Kloster Donndorf. Schon früh besiedelt, wird dort erstmals 1250 ein Zisterzienser-Nonnenkloster erwähnt. Im Zuge der Reformation

erfolgte um 1561 die Umwandlung des Klosters in eine Lateinschule, die unter den Erbadministratoren, den Herren von Werthern, stand. Bedeutendster Schüler der Klosterschule war der spätere Historiker Leopold von Ranke (1795-1886). Erst 1923 wurde der Schulbetrieb eingestellt, wenige Jahre existierte noch ein Landschulheim. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren deutsche Kriegsflüchtlinge im ehemaligen Klausurgebäude untergebracht, ein Kindergarten wurde im ehemaligen Herrenhaus eingerichtet.



Blick auf eines der sanierten Gebäude aus der Klosterzeit, dahinter befindet sich die Familiengruft von Werthern

Trotz verschiedenster Nutzungen blieben über die Jahrhunderte wesentliche Baulichkeiten der spätmittelalterlichen Klosteranlage erhalten. 1990 befand sich jedoch die vormalige Klosteranlage mit barocker Kirche von 1754, dem Klausurgebäude und dem Alten sowie Neuen Herrenhaus in einem abgewirtschafteten und beklagenswerten Zustand. Im ehemaligen Klausurgebäude lebten neun Familien auf engstem Raum, teilweise ohne Trink- und Abwasseranschluss, ohne Bäder. Die Räume waren offenbeheizt, die Fenster und Türen undicht.

Nach der Einheit Deutschlands war sich die Gemeinde Donndorf von Anfang an der Verantwortung bewusst, das historische Ensemble des Klosters nicht nur zu erhalten, sondern zu restaurieren. Deshalb wurden zunächst eine Erhaltungssatzung und ein Sanierungsgebiet beschlossen. Mit finanzieller Unter-

stützung des Landes Thüringen, der Europäischen Union, der Evangelischen Kirche, mit Eigenmitteln der Gemeinde und vor allem Fördermitteln der Deutschen Stiftung Denkmalschutz konnten nun die historischen Gebäude sukzessive instandgesetzt werden.



Innenhof des Klosters mit Kloistergarten, im Hintergrund die Kirchturmspitze von St. Laurentius

Im Jahr 1999 erhielt das inzwischen sanierte Kloster Donndorf den Thüringer Denkmalpreis. Vier Jahre zuvor hatte die am Fuß des Berges befindliche Gemeinde Donndorf die Goldplakette beim 18. Bundeswettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ erhalten. Ebenfalls 1999 und 2000 gehörte die Gemeinde Donndorf zu den Preisträgern der bundesweiten Aktion „Tat.Orte – Gemeinden im ökologischen Wettbewerb“.

Im Zuge der Sanierungen waren auch Trinkwasserschutzzonen gesichert worden, die gesamte Infrastruktur im Innenhof wurde neu verlegt und alte Sandsteinmauern wiederhergestellt. Zudem suchte die Gemeinde Donndorf nach einem Nutzer für das Klausurgebäude, wobei folgende Prämissen im Vordergrund standen: Sicherung der öffentlichen Zugänglichkeit, Priorität zur sozialen Nutzung, Anknüpfung an die historische Bildungstradition seit dem 16. Jahrhundert sowie Förderung des kirchlichen Lebens.

Als Partner und Nutzer von Kloster Donndorf wurde 1995 die Evangelische Ländliche Heimvolkshochschule

le Thüringens e. V. gefunden. Diese Einrichtung ist anerkannter Träger der Erwachsenenbildung, kann über 85 Übernachtungsmöglichkeiten anbieten und hat ein thematisch breites Spektrum an Kursen und Lerninhalten im Angebot.

Im Jahr 2000 wurde ein Ergänzungsbau nach historischen Bauplänen in das alte Klosterensemble eingefügt. Fünf Jahre später wurde in den Baulichkeiten der alten Schäferei ein Wohnstift errichtet, das heute von der Diakoniestiftung Weimar – Bad Lobenstein mit betreutem Wohnen, stationärer Pflege, Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie Betreuung Demenzkranker betrieben wird. Zum Komplex der Einrichtung gehört auch das Alte Herrenhaus, dort sind Teile der Verwaltung untergebracht.

Derzeit arbeitet die Gemeinde Donndorf gemeinsam mit den zwölf Anrainerkommunen des Waldgebietes „Hohe Schrecke“ an der Entwicklung eines Naturschutzgroßprojektes, das durch den Bund als Modellprojekt aus 121 Regionen ausgewählt wurde und jetzt gefördert wird. Auch Kloster Donndorf wird darin eingebunden sein (www.hoheschrecke.de).



Das Hacke-Haus: ein modernes Funktionalgebäude der Ländlichen Heimvolkshochschule

Nach der Sanierung ist ein neuer Geist in die alten Klostermauern eingezogen, es wird wieder gelehrt und gelernt. Die evangelische Ländliche Heimvolkshochschule Kloster Donndorf bietet hierzu umfang- und abwechslungsreiche Seminare

bzw. Fortbildungen in den Bereichen der kreativen, kulturellen und gesundheitlichen Bildung an. Hierzu zählen u. a. Fasten, Yoga, Fotografie, Malen, Tanz, Handarbeiten, Geschichte, Musik, Religion, Spiritualität und mehr.

Die unnachahmliche Atmosphäre der Tagungs- und Seminarräume in ländlicher Abgeschiedenheit, historischer Umgebung und unmittelbarer Naturnähe schafft ein einmaliges Klima für Lernfreude, Besinnung und Erholung. Die Unterbringung der Gäste erfolgt in modern ausgestatteten Zimmern.

Das Konglomerat aus spätmittelalterlichem Klosterflair und reichhaltigen neuzeitlichen Bildungsangeboten lockt Menschen aus Nah und Fern auf den Hanisberg. Noch ist er erhalten, der Genius loci: der Geist des Ortes. Und nicht wenige Kursteilnehmer schwören auf das spirituelle Flair, das Kloster Donndorf umwehen soll. Hierher kommen Menschen, um politische, soziale, musische, kulturelle oder religiöse Bildung zu erfahren oder zu erneuern. Die teils außergewöhnlichen Themen der Kurse tragen viel hierzu bei: Geschichte, Gesundheit, Kunst, Religionen, Persönlichkeitsbildung. Auch deshalb ist die Ländliche Heimvolkshochschule seit 2005 qualitätstestiert. Zur Unter-

stützung der Ländlichen Heimvolkshochschule trägt ein Förderverein bei.



Nach einem Konzert in der Klosterkirche, links Donndorfs Bürgermeisterin Gudrun Holbe (CDU)

Zudem können Besucher auf kleinstem Raum die Geschichte des Klosters, seiner Kirche sowie weiterer Bauten erkunden: Klosterbrunnen von 1680, Altes Herrenhaus von 1740/41, Torfahrt von 1747, Klosterschenke von 1772 (Vorgänger erwähnt 1592), Neues Herrenhaus um 1890, Schulneubau von 1887 oder gepflegte Klostergärten. Besondere Attraktion ist die Gruft der Freiherrn von Werthern von 1787.

Aber auch nach außen hin präsentieren sich Kloster Donndorf bzw. die Ländliche Heimvolkshochschule sehr erfolgreich. Erinnert sei zunächst an öffentliche und gern besuchte Veranstaltungen wie die „Montagsgespräche“ mit interessanten und oftmals prominenten Gästen bzw. Gottesdienste in der

Klosterkirche. Oder, im größeren Rahmen: Lutherfeste, Kloster- und Tanzfeste, Konzerte und Schauspiele. Auch mit solchen Veranstaltungen tragen Kloster und Einrichtung zum überregional guten Ruf bei.

Nach mittlerweile zwanzig Jahren auf Kloster Donndorf kann die Ländliche Heimvolkshochschule auf eine segens- und erfolgreiche Zeit seit 1995 zurückblicken. Längst sind das Bau-Ensemble, die Schule, deren Mitarbeiter und Referenten sowie die zahlreichen, stets ansprechenden Kurse zum Aushängeschild und Qualitätssiegel in allen Teilen Deutschlands und auch Europas geworden. Aus Erfahrungen wurde gelernt, und diese Erkenntnisse flossen eins zu eins in die Fortentwicklung und Qualitätssteigerung des Bildungsangebotes ein. Davon profitieren die Gäste und Kursteilnehmer nachhaltig.

Sie wollen endlich zur Ruhe kommen, Gelassenheit und Einkehr finden, sich weiterbilden oder Ihrer Gesundheit Gutes tun? Dann sind Sie auf Kloster Donndorf genau richtig.

Nähere Informationen im Internet unter www.klosterdonndorf.de oder rufen Sie einfach an und lassen Sie sich unverbindlich Angebote zusenden (Tel. 034672 8510).

Evangelischer Arbeitskreis (EAK) der CDU Thüringen

Landesgeschäftsstelle
Friedrich-Ebert-Straße 63
99096 Erfurt

www.eak-thueringen.de

Mail: eak-thueringen1@online.de

Verantwortliche dieser Ausgabe

Prof. Dr. Jens Goebel

Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen
(Redaktion)

Autoren dieser Ausgabe

Hans-Steffen Herbst

ehemaliger Präses der Synode des Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland und Mitglied des Evangelischen Arbeitskreises Thüringen

Hildigund Neubert

Mitglied im Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen

Kirchenrat Christian Klein

Leiter des Rechnungsprüfungsamtes der EKM, Mitglied im Landesvorstand des EAK Thüringen und Kreisvorsitzender der CDU Gera

Jürgen Scharf

Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises Sachsen-Anhalt

Pfarrer Christian P. Kahlert

Leiter des Evangelischen Militärpfarramts Erfurt

Gudrun Holbe

Mitglied im Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen

Arno Brombacher

Leiter der Ländlichen Heimvolkshochschule

Danuta Schmidt

Autorin und Journalistin

Prof. Dr. Jens Goebel